

**Michael Kroemer (Landesvorsitzender des DJV-Nordrhein-Westfalen 1989-2003)**

Leserbrief an DJV-JOURNAL NRW, veröffentlicht in Ausgabe 05/04

## **Der GAU des DJV**

Die DJV-Aktion Scherbenhaufen ist eine hausgemachte Katastrophe: Der Rauswurf der beiden DJV-Landesverbände Berlin und Brandenburg bedeutet auf einen Schlag den Verlust von satt über zehn Prozent der Mitgliedschaft des DJV. Mehr als 5000 Kolleginnen und Kollegen wurden gewerkschafts- und verbandspolitisch heimatlos gemacht. Der DJV-NRW hätte diesen verbandspolitischen GAU niemals mitmachen, sondern verhindern und auf eine politische Lösung drängen müssen. Stattdessen hat auch der DJV-NRW zu dem Eindruck beigetragen, dass die Akteure dieser Spaltung von oben zu politischem Handeln weder die nötige Geduld noch - vor allem - das erforderliche politische Gespür hatten.

Inkriminierte Vorgänge in Berlin und Brandenburg waren aufzuklären, dafür Verantwortliche hätten von der DJV-Bildfläche verschwinden müssen. Aber: Solche ultimativen Konsequenzen kann im föderalen DJV jeder Landesverband nur für sich regeln, es sei denn - nur das meint die DJV-Bundessatzung - ein Landesverband ist flächendeckend verseucht, antigewerkschaftlich, linksextrem, rechtsextrem. Das war jedoch weder in Berlin noch in Brandenburg der Fall.

Statt Deeskalation wurde Eskalation betrieben, der Streit geriet zum Prestigeduell mit dem einzigen Ziel: Rauswurf mit Dreiviertelmehrheit auf dem außerordentlichen DJV-Bundesverbandstag. Die vor und in Frankfurt geschürte Stimmung ließ eine differenzierte Betrachtung mit Augenmaß nicht mehr zu. Ohnehin hatte sich der Bundesgesamtvorstand zuvor in Schwerin mit einem satzungswidrigen Beschluss längst festgelegt. Der wurde vom Landgericht Berlin flugs kassiert, gleichwohl blieb das Motto von in Krisenmanagement offenkundig Ungeübten zu ihrer vermeintlichen Gesichtswahrung: Augen zu und durch. Das traurige Ergebnis: Politik der verbrannten Erde.

Das gesamte Vorgehen ist in keiner Hinsicht zu Ende gedacht. Ideell und finanziell fügt der Rauswurf dem DJV schwersten Schaden zu. Alle Mitglieder müssen dafür blechen.

Ideell: Eine auf dem Solidaritätsprinzip aufgebaute Organisation, die bei Missständen/Fehlentwicklungen o.ä. sogleich zur ultima ratio greift anstatt das rechtsstaatliche Prinzip der Angemessenheit walten zu lassen, verliert massiv an ethischer und politischer Glaubwürdigkeit, an Integrität und Kohärenz. Der eingetretene Imageverlust schädigt nachhaltig Attraktivität und Schlagkraft des DJV.

Finanziell: Berlin und Brandenburg haben bislang knapp 400.000 Euro p.a. an den DJV-Bundesverband abgeführt. Das jetzt entstandene Haushaltsloch kann nur durch radikale Kürzung inkl. der zynischen Perspektive der Entlassung von Hauptamtlichen in der Bundesgeschäftsstelle und/oder durch eine Erhöhung der Abführungen der Landesverbände kompensiert werden. Die mit autosuggestivem Temperament eingeleiteten Neugründungen sind ohnedies tot geborene Kinder.

Der DJV-NRW hat viele Mitglieder an den Landesverband Berlin abgegeben, weil sie beruflich von Bonn nach Berlin gegangen sind. Brandenburg war unsere eigene Gründung

und seither unser Patenkind. Der DJV-NRW hätte schon deshalb durch eine differenzierte Diskussion seine besondere Verantwortung wahrnehmen und eine Meinungsbildung und Entscheidungsfindung ermöglichen müssen, wie sie der demokratischen Struktur des DJV entspricht. Das alles hat nicht stattgefunden.

Ganz persönlich möchte ich anmerken: Es wäre mir während meiner 14 Jahre als Landesvorsitzender nicht in den Kopf gekommen, im Bundesgesamtvorstand an einer so weit reichenden Entscheidung mitzuwirken, ohne sie in den Gremien des Landesverbandes beraten zu haben. Der NRW-Beteiligung an der Frankfurter Spalter-Entscheidung lag jedoch keinerlei Beschluss zugrunde, weder einer des Landes-, noch einer des NRW-Gesamtvorstandes. Stattdessen wurde ein Meinungsdruck auf die NRW-Delegierten ausgeübt, wie ich ihn im DJV-NRW für undenkbar gehalten hätte. Der Teufel lässt sich nicht mit dem Beelzebub austreiben. Die dafür Verantwortlichen haben leider übersehen, dass sie ihrer unreflektierten Strategie der verbrannten Erde auch selbst nicht mehr werden entfliehen können.

Michael Kroemer (NRW-Landesvorsitzender 1989-2003)  
Dortmund, 3. September 2004

P.S.: Es sei uns zu wünschen, dass wir zu dem bewährten Grundsatz zurückfinden "Versöhnen statt spalten" (Johannes Rau).